



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Sonnabend, den 10. September 1887.

Nr. 422.

Deutschland.

Berlin, 9. September. In den letzten Wochen ist zwischen der klerikalen und der nicht-klerikalen deutschen Presse ein heftiger Streit über die Behandlung des staatlichen Einspruchsrechts gegen die Anstellung lutherischer Priester geführt worden, bei dem es sich hauptsächlich um die Frage handelt, ob die preußische Regierung, wie die katholische Presse behauptete, dem Papst in dieser Hinsicht Zugeständnisse gemacht habe. Bischof Dr. Kopp hatte gelegentlich der Berathung der letzten kirchenpolitischen Vorlage den Antrag gefüllt, daß das Einspruchsrecht nicht auf solche Priester anwendbar sein sollte, die durch die Erfüllung ihrer staatsbürgерlichen oder ihrer christlichen Pflichten den Einspruch gegen sich heraufbeschworen hätten. Von den verschiedensten Seiten her wurde dieser Zusatz für unannehmbar erklärt. Auch die konservative Partei ließ ihn durch den Mund des Herrn v. Kleist-Nehow bekämpfen, auch der Vertreter der Regierung, der ihn prinzipiell nicht verwerfen möchte, erklärte ihn für mindestens unbehaglich, und so wurde er denn verworfen. Neuerdings wurde nun von schlesischen Blättern behauptet, daß die Regierung dem Papste habe Zusagen machen lassen, welche im Wesentlichen auf das abgelehnte Kopp'sche Amtsement hinausliefen. Bislang ist eine offiziöse Auskunft über den in Rede stehenden Streitpunkt nicht ergangen. Es wird indessen, anscheinend auf Grund guter Kenntnis der Dinge, jetzt behauptet, daß zwischen der römischen Kurie und der preußischen Regierung über die Ausübung des Einspruchsrechts Verhandlungen schwelen, im Laufe deren die Regierung der Kurie allerdings die Zusicherung gegeben habe, daß gegen Priester anlässlich der Ausübung ihrer Amts- oder ihrer staatsbürgерlichen Pflichten bzw. Rechte ein Einwand nicht solle erhoben werden. Indessen könne — und dies ist offenbar der Kernpunkt dieser Angelegenheit — der Fall eintreten, daß über die Frage, ob ein beanstandeter Priester sich in Ausübung jener Rechte und Pflichten befunden habe oder nicht, abweichende Meinungen bestehen, und in einem solchen Falle durch Verhandlungen zwischen Preußen und der Kurie eine gütliche Einigung herbeigeführt werden. Es wird hinzugefügt, daß diese Erklärungen in Rom für befriedigend erachtet worden seien. Es wird abzuwarten sein, ob diese Darstellung sich als völlig untreffend erweist.

Über die Besteuerung der Coupons auswärtiger Werthe läßt sich nunmehr auch die „Kritik“ vernehmen. Dieselbe billigt die diesem Gedanken zu Grunde liegende Absicht und ist überzeugt, daß der Zweck derselben ohne Unterschied der Parteiposition von der überwiegenden Mehrheit des Volkes werde gebilligt werden. Was indessen speziell die Couponsteuer anbelangt, so vermag auch dies Blatt nicht mit seinen Beweisen gegen dieselbe zurückzuhalten. Die „Kritik“ wiederholt die auch von anderer Seite schon geltend gemachten Bedenken und glaubt, daß dieselben genügen, um die Verwirklichung eines solchen Planes zu verhindern. Darauf fügt sie noch praktische Rathschläge hinzu, die also lauten: „Wir wollen die Frage der praktischen Ausführbarkeit der Couponsteuer nicht näher erörtern, sondern uns für heute mit dem Hinweis begnügen, daß bereits von kompetenter Seite die Versicherung vorliegt, diese Steuer würde, im Gefühl ihrer Ungerechtigkeit, massenhaft umgangen werden.“ Wir glauben auch, daß es schwer sein wird, „massenhafte Umgehungen“ zu verhindern. Sehen wir am Schluss dieser diskussionsreichen Darlegung der aufgetauchten Projekte nochmals die vornehmsten Geschäftspunkte hervor, welche bei einer Neuerung in der Gesetzgebung maßgebend sein sollten. Das sind: 1) die stärkere Heranziehung der Haute finance zu den Staatslasten, und 2) die verständige Beschränkung des Zudranges ausländischer Anleihen auf dem deutschen Markt. Wir befinden uns unter dem Eindruck, daß beide Ziele durch eine Couponsteuer nicht erreicht werden können; das erste ganz gewiß nicht. Zweckmäßiger als eine Couponsteuer will uns eine Erhöhung der eingangs erwähnten Sätze der Börsesteuer von 2 und 5 vom Tausend erscheinen. Eventuell könnte man einer besonderen, hochbemessenen Emissionssteuer das Wort reden. In Bezug auf die Couponsteuer könnte auch einge-

wendet werden, daß sie eine direkte Reichssteuer darstellen würde. Indessen könnten wohl die Formen einer indirekten Steuer für dieselbe gefunden werden, und schließlich halten wir die bis jetzt vorliegenden Nachrichten nicht für authentisch und vollständig genug, um eine Stellungnahme unsererseits zu formulieren.“

Die rheinische Provinzialsynode tritt morgen, am 10. d. M., in Neuwied zusammen; an demselben Tage beginnt die westfälische in Soest ihre Session. Vom 8. Oktober ab werden, wie die „N. Pr. Itz.“ hört, die pommersche Provinzialsynode in Stettin und die sächsische in Merseburg tagen. Die westpreußische wird am 8. November in Danzig und die posensche am 3. Dezember in Posen zusammenkommen. Über die Einberufung der anderen Provinzialsynoden sind noch keine definitiven Bestimmungen getroffen; doch dürfte voraussichtlich der Zusammentritt der brandenburgischen Synode hier in Berlin am 22. Oktober (Dauer der Session 8 bis 10 Tage), der der ostpreußischen Ende Oktober oder Anfang November in Königsberg i. Pr. und der schlesischen Anfang November in Breslau erfolgen.

Dem Bundesrat ist eine Vorlage zugegangen, in welcher das schwarzburgische Ministerium zu Rudolstadt vorschlagen, für das Gebiet des Fürstenthums Schwarzburg-Rudolstadt eine besondere land- und forstwirtschaftliche Genossenschaft zu bilden auf Grund des Gesetzes über die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen. Das Reichsversicherungsamt befürwortet den Vorschlag in einem beifolgenden Gutachten und sagt u. a.: daß an der Leistungsfähigkeit dieser Genossenschaft im Hinblick auf die Zahl der in Betracht kommenden Betriebe und der in denselben beschäftigten verschlechterungsfähigen Arbeiter und Betriebsbeamten nicht zu zweifeln sei. Nach der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik vom 5. Juni 1882 betrage die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe des Fürstenthums 12,503, die Anzahl der Gehülfen und Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft 9288.

Bayerischen Blättern zufolge wird dem bevorstehenden Landtag eine Gesetzesvorlage zugehen betreffend die Abänderung der Verfassungsbestimmungen über das Provisorium der Beamtenanstellung und die Möglichkeit der Veräußerung von Krongütern. Die Vorlage wird im Wesentlichen die gleiche sein, wie jene, welche im Juni 1886 vorgelegt war, damals aber zurückgezogen wurde, als die „Patrioten“ Menge machten, damit eine Haupt- und Staatsaktion zu verbinden. Inzwischen hat sich das Bedürfnis nach einer solchen Änderung resp. Ergänzung der Verfassung an einer Reihe von praktischen Beispielen gezeigt und andererseits ist auch durch den Ausfall der Wahlen den „Patrioten“ die Lust benommen worden, ihre Opposition an diesem Punkte einzusehen.

Der vatikanische „Moniteur de Rome“ belebt die deutschen Katholiken wegen der Zurückhaltung, mit der sie den spezifisch-politischen Problemen bei dem Trierer Kongress ausgewichen seien; sie hätten so ihre volle Subordination unter die päpstliche Politik dokumentiert. Ein Hauptverdienst habe Bischof Korum.

Nach dem „Münch. Fremdbl.“ enthält das neue bayerische Budget außer Gehaltserhöhungen für die Lehrer und Geistlichen eine 7- bis 8prozentige Zulage für alle Subalternenbeamten.

Aus Toblach vom 9. September erhält die „Nat. Itz.“ folgendes Privattelegramm: Gegenwärtig gebräucht der Kronprinz leinerlei Medikamente, er ist in gehobener Stimmung, das brückende Gefühl, welches ihn zu Beginn der Krankheit naturgemäß beherrschte, ist geschwunden. Das Leben hier begibt dem Kronprinzen, der sich von jeder Beobachtung und Bestätigung frei weiß und sich gehen lassen kann, außerordentlich. Bis her hatten weder Dr. Schrader noch der englische Arzt Dr. Howe Aulah, von ihrer Kunst Gebrauch zu machen. Der Kronprinz fuhr gestern trotz des strömenden Regens mit seiner Familie und Gefolge nach Niederdorf, kehrte nach zwei Stunden zurück und internahm dann sofort mit der Kronprinzessin einen Spaziergang, welcher eine Stunde wähnte. Für die Prinzessin Viktoria wurde aus Berlin ein Klavier bestellt.

Die Czechen, die anfangs von dem neuen

österreichischen Unterrichtsminister, Hrn. v. Gautsch, hofften, daß er ihre Geschäfte besorgen und namentlich das Schulwesen ihnen ausliefern werde, haben sich sehr getäuscht gesehen, als Herr von Gautsch die Bewilligung zur Errichtung einer tschechischen Mittelschule in Wien versagte und später die Verfügung traf, daß solche Mittelschulen, die sich nicht erhalten können, aufgehoben würden.

Seitdem hat der Minister auch noch durch den Erlass eines Preisausschreibens für deutsche Schulbücher den Zorn der Czechen gereizt, die das Gleiche auch für ihre tschechische Literatur verlangten, und schließlich ist man soweit in der Feindschaft gegen den Minister gegangen, ihn entschieden zu bekämpfen und in zahllosen Presseartikeln von ihm an den Kaiser Berufung zu erheben. Jüngst wurde sogar in der Nähe von Brünn eine große Protestversammlung veranstaltet, die über den Minister zu Gericht shien wollte, aber wegen lärmenden Verhaltens aufgelöst wurde, als die Redner sich anschickten, ihre ersten redrischen Brandpfeile auf den Minister abzuschießen. Befragt erörtert man jetzt die Frage, ob es nicht gerathen sei, gegen das Kabinett Taaffe als solches in die Opposition zu treten, da dasselbe die gegebenen Versprechungen auf Herstellung der „Gleichberechtigung“ des Czechenthums nicht gehalten habe. Indessen hat man es noch nicht gewagt, in dieser Richtung einen bestimmten Entschluß zu fassen. Allgemein glaubt man, die Czechen würden sich demnächst wieder beruhigen und abwarten, ob ihnen nicht ein Brocken aus freien Stücken zugeworfen wird. Einstweilen sind die Beziehungen zwischen ihnen und dem Kabinett allerdings sehr gespannt.

Aus Rotterdam ist bereits telegraphisch über tumultuarische Vorgänge aus Anlaß des Eintreffens des aus der Haft entlassenen Sozialistenführers Domela Nieuwenhuys berichtet worden. Die den Sozialisten feindselige Volksmenge griff das Kaffehaus, in dem sich Domela befand, mit Steinwürfen an und riß die rothe Fahne herab, welche auf der Straße verbrannt wurde. Die Domela in Rotterdam erschien, war er in Amsterdam gefeiert worden, woselbst ihm der Zentralrat der sozialistischen Partei, dessen Mitglieder sämtlich rothe Kokarden trugen, eine Ovation bereitete. Domela stieg in einen Wagen, an den sich dann ein Dutzend anderer schlossen, in denen sich zumeist Voltzelnspieler in Zivil befanden. Unterwegs wurde Domela Nieuwenhuys mit Schüssen und der „Marshallaise sozialiste“ begrüßt, auch wurden ihm in einigen Straßen rothe Blumen in den Wagen geworfen. Im Volkspark fand dann ein Meeting statt, bei welchem Glückwunschtelegramms des „Edu du Peuple“, Alfred Dufuisseaux, Anseele's, des Doktors de Paepa und anderer sozialistischer Parteiführer zur Verleistung gelangten. Ein Korrespondent des Anarchistenblattes „Die Freiheit“ erklärte, daß Nieuwenhuys nicht Sozialist, sondern Anarchist, ganz wie Most, wäre. Domela braucht nur die Sozialisten, um sein Ziel, die Anarchie, zu erreichen. Derselbe Anarchist versicherte, nach dem Pariser „Figaro“, daß einer der Mitbündigen an dem Attentate bei der Enthüllung des Niederwalddenkmals in einer Villa bei Kleve lebt.

Der Eisenbahnbau in China scheint auf grohe Schwierigkeiten zu stoßen. Wie die in chinesischer Sprache erscheinenden Zeitungen mittheilen, erhebt die Bevölkerung gegen den Bau der Tientsin-Bahn einen so heftigen Widerstand, daß hervorragende Persönlichkeiten die Einstellung des Baues beantragt haben. Die Zeitung „Schunpo“ berichtet, daß ein gewisser Prinz des kaiserlichen Hauses und Prinzessin Li gegen den Bau der Eisenbahn von Tientsin nach Tungtschow eine Denkschrift verfaßt haben sollen, weil zahltausend arme Leute in dem Rathsaale des Bölgings gefangen und ihr gebeten hätten, von der Bahn-Anlage abzustehen. Es wäre jedoch sonderbar, wenn der sonst so gewalte Staatsmann einen solch rücksichtslosen Anfall hätte. Andererseits ist, wie der „Boss. Itz.“ aus Yokohama geschrieben wird, die Not unter den niederer Klassen der Bevölkerung jener Gegend so groß, daß die Aussicht, einen Theil des Transportgeschäfts zu verlieren, die Leute zur Verzweiflung treibt. Überhaupt scheinen für die ärmeren Bevölkerungsklassen Chinas schlechte Zeiten bevorzustehen in Folge eines allgemeinen Reismangels, durch die festigen anhaltenden Regengüsse dieses Jahres veranlaßt. Der Preis für Reis ist bereits in Shanghai bis auf 14 Mark per Picul gestiegen. Verheerendes Hochwasser wird auch von Nanking gemeldet.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 10. September. In Folge General-Kommando-Befehl ist der königl. Mus. Director Stabstrompeter Neuendorff zu Demmin als Stabstrompeter zu Sr. Majestät dem Kaiser für den 14., 16. und 17. d. M. in Stettin kommandiert.

Während der Kaisertage in Stettin ist die Gendarmerie aus allen Regierungsbezirken Pommerns hier zusammengezogen, um bei Aufrechterhaltung der Ordnung thätig zu sein.

Dem in der Presse ausgesprochenen Wunsche, die Bäume in der Lindenstraße bejähnen zu lassen, um dadurch einen frischeren Durchblick zu ermöglichen, ist der Magistrat bereitwillig nachgekommen und sind heute bereits einige Gärtnerei damit beschäftigt.

Prinz Wilhelm wird bei der Kaiserparade das Grenadier-Regiment König Friedrich Wilhelm IV. (1. Pomm.) Nr. 2, bei welchem der Prinz à la suite geführt wird, der Feldmarschall Graf Moltke das Kolberg'sche Grenadier Regiment (2. Pomm.) Nr. 9, dessen Chef Graf Moltke beanttflich ist, bei Sr. Majestät dem Kaiser vorbeiführen.

Der Beginn der allgemeinen Illumination ist auf Donnerstag, den 15. September, Abends 7 Uhr festgesetzt.

Stettin, 10. September. Nach § 42 der Gesindeordnung soll das Gefilde, wenn der Tag des Dienstanten auf einen Sonntag oder Feiertag fällt, an dem nächsten Werktag vorher anzutreten. Da der 2. Oktober d. J., an welchem der Dienstantritt erfolgen soll, auf einen Sonntag fällt, so muß das Gefilde beim bevorstehenden Quartalswechsel bereits am 1. Oktober umziehen. Eine polizeiliche Bekanntmachung ist dieserhalb, auch zur Regelung des Wohnungsumzuges, wohl noch zu erwarten.

Der 17 Jahre alte Sohn Romanus des Kanal-Aufführers Stübner zu Schnatow, Kreis Kammin, hat am 31. Juli d. J. den Knecht Hermann Schwale aus demselben Ort aus dem Schnatower See vom Tode des Ertrinkens gerettet. Diese menschenfreundliche That wird hierdurch mit dem Hinzufügen zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß dem Retter eine Geldprämie bewilligt worden ist.

Der „Pionier-Verein“ veranstaltet Mittwoch, den 14. d. M., im „Deutschen Garten“ aus Anlaß der Kaiserstage ein patriotisches Fest, zu welchem das Offizierkorps des Pionier-Bataillons Einladungen erhalten hat. Das Programm bietet ein patriotisches Konzert der Kapelle des pomm. Pionier-Bataillons unter Leitung des Herrn Kapellmeisters Reimer, Schlagzeugist ic. und zum Schlusse vereinigen sich die Kameraden mit ihren Familien zu einem Ländchen. Natürlich ist auch dem großen Publikum die Teilnahme an diesem Fest gern gestattet.

Wir verweisen unsere Leser auf die im Inseratenheft der heutigen Zeitung enthaltene offizielle Bekanntmachung über die Errichtung eines kaiserlich russischen Hauptpost-Depots der Königs- und Privat-Gesellschaft zu Berlin, aus welcher der Zweck des staatlichen Unternehmens ersichtlich ist. Berlin wird durch dasselbe die Zentralstelle des gesammten internationalen Verkehrs mit russischen Pferden, und dürften somit auch den deutschen Verkehrshändlern, welchen keinerlei Konkurrenz gemacht werden soll, noch größere Vortheile erwachsen. — Im Interesse der Posten ist dem Unternehmen eine glänzende Prosperität zu wünschen.

In der Woche vom 28. August bis 3. September kamen im Regierungsbezirk Stettin 91 Erkrankungen und 11 Todesfälle in Folge von ansteckenden Krankheiten vor; am stärksten zeigte sich Diphtherie, woran 28 Erkrankungen und 6 Todesfälle zu verzeichnen sind, davon 2 Erkrankungen (1 Todesfall) in Stettin. Soeben folgt Darm-Typhus mit 24 Erkrankungen (2 Todesfälle), davon 4 in Stettin, an Scharlat und Röteln erkrankten 21 Personen (2 Todesfälle), an Masern 17

